

Rechtspopulismus in Europa

Frank Decker

Seit den 1990er Jahren ist der Rechtspopulismus in Europa zu einem flächendeckenden Phänomen geworden. Das Anwachsen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen hat europaweit eine neue Qualität erreicht und das politische Koordinatensystem der europäischen Demokratien merklich verschoben. Frank Decker erörtert eingangs entlang dreier Phasen das Aufkommen der rechtspopulistischen Parteien. In einem zweiten Schritt werden Ursachen und Entstehungshintergründe für das Erstarken populistischer Parteien und Bewegungen benannt. Frank Decker zufolge sind rechts- und auch links-populistische Parteien ein Produkt von Modernisierungskrisen. Populisten machen sich Orientierungsverluste, Statusängste, Zukunftsunsicherheit und politische Entfremdungsgefühle bestimmter Bevölkerungsgruppen zunutze. Nimmt man die ideologischen bzw. programmatischen Inhalte sowie die Typologien der rechtspopulistischen Parteien in den Blick, so resultieren daraus mehrere Handlungsstrategien. Die Frage nach dem angemessenen politischen Umgang mit Rechtspopulisten bildet den abschließenden Schwerpunkt des Beitrags. ■

Das politische Koordinatensystem europäischer Demokratien verschiebt sich

Seit Mitte der 1980er Jahre ist es in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Herausbildung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie gekommen, für die sich in der Wissenschaft und im journalistischen Sprachgebrauch der Begriff „rechtspopulistisch“ eingebürgert hat.¹ Als die Neuankömmlinge am rechten Rand (Front National, Lega Nord, Vlaams Blok, FPÖ) in ihren Ländern auf den Plan traten und die ersten Wahlerfolge erzielten, war man noch geneigt, sie als flüchtige Protesterscheinungen abzutun, wie es sie in den westlichen Demokratien – auch in populistischer Gestalt – schon immer gegeben hatte. Es herrschte also die Erwartung, dass die Herausforderer über kurz oder lang wieder auf Normalmaß zurückgestutzt und aus den Parteiensystemen ganz verschwinden würden. Die weitere Entwicklung sollte dies gründlich widerlegen. Nicht nur, dass die Rechtspopulisten ihre Stellung verteidigen und sogar noch weiter ausbauen konnten. Das Phänomen begann sich nun auf andere westeuropäische Länder auszudehnen und machte auch vor den neuen Demokratien Mittelosteuropas nicht Halt. In einigen Ländern repräsentieren Rechtspopulisten dort heute sogar die Hauptströmung im Mitte-Rechts-Lager, in Polen etwa die Partei Recht und Gerechtigkeit, in Ungarn Fidesz.² Nach einem kontinuierlichen Aufwuchs bis zum Jahre 2000 neigte sich die Erfolgskurve der rechten Herausforderer bis Mitte der 2000er Jahre zunächst leicht nach unten; danach stieg die Resonanz wieder deutlich an. Der Rechtspopulismus erfasste jetzt auch Länder, die von ihm vorher verschont geblieben waren. Das zwischenzeitliche Tief dürfte

mehr mit seinen Erfolgen als mit einer nachlassenden Empfänglichkeit der Wählerinnen und Wähler für die rechtspopulistischen Botschaften zu tun haben. Ein Beleg dafür ist, dass der Populismus auf die etablierten Parteien des politischen „Mainstreams“ immer stärker übergriff. Diese machten sich nicht nur die Themen der rechtspopulistischen Akteure zu eigen, sondern auch deren Politikstil. Zugleich kam es zu einem Aufschwung linkspopulistischer Parteien und Bewegungen, die manches von dem, was die Wählerinnen und Wähler umtrieb, glaubwürdiger adressieren konnten als ihre rechten Kontrahenten. Zwei – sich häufig auch in Parteienform überlappende – Spielarten des Populismus nehmen die christdemokratisch-konservativen und sozialdemokratischen Parteien heute in ihren Zangengriff – ein kapitalismuskritischer und/oder wohlfahrtsschauvinistisch geprägter Sozialpopulismus und ein kulturalistisch unterfütterter Anti-Islam-Populismus.

In Westeuropa lässt sich das Aufkommen der rechtspopulistischen Parteien in eine Vorreiter-, Haupt- und Nachzüglerphase einteilen. Vorreiter waren die zu Beginn der 1970er Jahre in Dänemark und Norwegen entstandenen Fortschrittsparteien. Beide verstanden sich zunächst als antiwohlfahrtsstaatliche Steuerprotestparteien, bevor sie ab Mitte der 1980er Jahre die Einwanderung als neues Schlüsselthema für sich entdeckten. Aus der dänischen Fortschrittspartei ging 1995 die Dänische Volkspartei hervor. Unter allen Parteien des westeuropäischen Rechtspopulismus sind die dänischen und norwegischen Vertreter heute neben der Schweizerischen Volkspartei am stärksten in ihre jeweiligen politischen Systeme integriert.

Das Anwachsen rechtspopulistischer Parteien hat europaweit eine neue Qualität erreicht und das politische Koordinatensystem merklich verschoben. Anfang des Jahres fand in Koblenz der Kongress „Freiheit für Europa“ statt, auf dem sich rechtspopulistische Politikerinnen und Politiker inszenierten, ein „Jahr der Patrioten“ und ein nationalistisches Europa beschworen. Das Bild zeigt Geert Wilders, den Vorsitzenden der Partij voor de Vrijheid der Niederlande, Frauke Petry (AfD) und Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National (FN) in Frankreich.

picture alliance/dpa



In die 1980er Jahre fielen Gründung und Durchbruch der Parteien, die seither den harten Kern des Rechtspopulismus umschreiben: Front National in Frankreich, Vlaams Blok (später: Vlaams Belang) in Belgien und Lega Nord in Italien. Die schon seit 1956 bestehende Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde zur selben Zeit unter Jörg Haider in eine rechtspopulistische Partei transformiert. Der Front National war von Jean-Marie Le Pen bereits 1972 gegründet worden, fristete aber bis Anfang der 1980er Jahre ein Schattendasein. Keinen durchschlagenden Erfolg hatten die 1983 als Abspaltung von der CSU entstandenen Republikaner in Deutschland, die nach einigen spektakulären Landtagswahlergebnissen (in Berlin und Baden-Württemberg) ab Mitte der 1990er Jahre wieder in der Bedeutungslosigkeit versanken.

Seit den 1990er Jahren ist der Rechtspopulismus in Europa zu einem flächendeckenden Phänomen geworden. Als Nachzügler des harten Kerns traten zuerst auf: die 1994 aus der Taufe gehobene Sammlungspartei Forza Italia des italienischen Medienunternehmers Silvio Berlusconi und die von Christoph Blocher auf einen rechtspopulistischen Kurs geführte Schweizerische Volkspartei (SVP). In den 2000er Jahren folgten die niederländische Liste Pim Fortuyn, aus deren „Konkursmasse“ 2006 die von Geert Wilders angeführte Partij voor de Vrijheid hervorging, die United Kingdom Independence Party (UKIP), die bereits 1993 gegründet worden war, aber erst bei den Europawahlen 2009 ihren Durchbruch erzielte, die ebenfalls bereits 1995 als Nachfolger der finnischen Landpartei entstandene Partei Die Finnen, die 2011 nach einer Verfünffachung ihres Stimmenanteils zur drittstärksten Kraft des Landes aufstieg, und die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD). In Schweden, wo der Etablierungsversuch der rechtspopulistischen Neuen Demokratie zu Beginn der 1990er Jahre noch erfolglos geblieben war, konnten die rechtsextremen Schwedendemokraten ihr Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2010 und 2014 jeweils verdoppeln.

Einen Sonderfall des europäischen Populismus stellt der von dem italienischen Blogger und Komiker Beppe Grillo 2009 gegründete MoVimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung) dar, der – ohne ein dezidiert linkes Profil aufzuweisen – programmatisch zwar eher der linkspopulistischen Familie zuzuordnen ist, sich im Europaparlament aber gemeinsam mit UKIP und den Schwedendemokraten der rechten Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFDD) angeschlossen hat. Bei den italienischen Parlamentswahlen 2013 erzielte die neue Gruppierung auf Anhieb 25,6 Prozent der Stimmen, womit sie nur knapp hinter den beiden großen Parteien lag; bei den Europawahlen 2014 kam sie auf 21,2 Prozent.

Ursachen und Entstehungshintergründe

Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Produkt von Modernisierungskrisen. Sie entstehen, wenn in einer Gesellschaft die Balance „von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät.“⁴³ Der amerikanische Historiker Lawrence Goodwyn bezeichnet solche Konstellationen als „populistisches Moment.“⁴⁴ Verläuft der gesellschaftliche Wandel zu rasch oder erzeugt er (zu) starke Verwerfungen, erleiden bestimmte Bevölkerungsgruppen Orientierungsverluste, die mit Statusangst, Zukunftsunsicherheit und politischen Entfremdungsgefühlen einhergehen. Populisten, die sich dies zunutze machen, hat es auch zu früheren Zeiten gegeben – etwa die ausgangs des 19. Jahrhunderts in den USA entstandene Populist Party (der das Phänomen seinen Namen verdankt) oder die Pouljadisten in der IV. Französischen Republik. Dabei handelte es sich jedoch um historisch versetzte Erscheinungen, während für die heutigen Populisten gerade ihr zeitliches und räumliches Zusammentreffen kennzeichnend ist. Weil im Zuge der beschleunigten Globalisierung die Gesellschaften in ihrer Problembetroffenheit immer enger aneinanderrücken, teilen sie auch die durch die Negativfolgen der Modernisierung ausgelösten populistischen Reaktionen.

Ökonomisch zeigen sich diese Folgen in steigender Lohnkonkurrenz und einem allmählichen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, der die Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft. Wachsende Teile der Mittelschicht sehen sich von Abstieg bedroht. Die Betroffenen müssen dabei nicht zwingend objektive Verluste erleiden (des Einkommens oder des Arbeitsplatzes). Entscheidend ist das Gefühl der eigenen Benachteiligung, das sich aus der Orientierung an bestimmten Erwartungen oder Referenzgruppen ergibt. Ein solches Gefühl kann sich auch bei Gewinnern einstellen, wenn sie glauben, im Verteilungskampf von anderen ausgenommen zu werden.

In *kultureller* Hinsicht bedeutet Globalisierung, dass Differenzen des Lebensstils und der moralischen Orientierung sichtbarer werden. Da sich die Migration heute – anders als früher – in zunehmendem Maße auf Angehörige anderer Kulturkreise erstreckt, verwandeln sich die einstmals homogenen Nationen über kurz oder lang in multiethnische und -kulturelle Gesellschaften. Die Konfrontation mit den Fremden wird von Teilen der eingesessenen Bevölke-





Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras am Rednerpult anlässlich einer Sitzung des Zentralkomitees der sozialistischen Partei Syriza. Seit dem Ausbruch der Eurokrise konnten linkspopulistische Parteien wie Syriza und Podemos vor allem in den südlichen Krisenländern reüssieren. Die Kritik an der Austeritätspolitik, die die Südländer aus ihrer Sicht zu „wirtschaftspolitischen Befehlsempfängern“ degradierte, konnte von der populistischen Linken glaubhaft vertreten werden.

picture alliance/dpa

rung als Verlust der hergebrachten Identität empfunden. Dieser Verlust wiegt umso schwerer, als im Zuge von Individualisierungsprozessen auch andere Gruppenbindungen in Auflösung geraten.

Soziale Unsicherheit und Entfremdung führen schließlich dazu, dass Teile der Gesellschaft sich *politisch* nicht mehr repräsentiert fühlen. Da der Staat seiner souveränen Handlungsfähigkeit durch die Globalisierung zunehmend beraubt wird, kann er dies nicht mehr ohne weiteres durch Leistungssteigerung wettmachen. Verlorene Handlungsspielräume lassen sich zwar auf der supra- und transnationalen Ebene partiell zurückgewinnen; gerade dadurch werden sie aber der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit entzogen, die bislang ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz hatten.

Hatte es zu Beginn der 2000er Jahre noch Anzeichen für eine allmähliche Erschöpfung der populistischen Mobilisierungsfähigkeit gegeben, so verschärften die am 11. September 2001 in den USA beginnende Serie islamistischer Terroranschläge, die durch die Bürgerkriege im Nahen Osten und die sich verschlechternde Lebenssituation in großen Teilen des afrikanischen Kontinents und den Ländern des südlichen Balkans seit 2013 stark ansteigenden Flüchtlingszahlen sowie die 2007 ausgebrochene Finanz- und Eurokrise diese allgemeinen Tendenzen.⁵ Während die Angst vor dem Islam Wasser auf die Mühlen der rechten Einwanderungskritiker lenkte, verschaffte die Finanz- und Eurokrise den populistischen Kritikern des „neoliberalen“ Modernisierungsprojekts – von links wie von rechts – neuen Zulauf. Dessen Schattenseiten hatten sich in Europa schon in den 1990er Jahre zunehmend bemerkbar gemacht und dafür gesorgt, dass auch jene Rechtspopulisten, die wie etwa die Lega Nord vorher zum Teil noch proeuropäisch aufgestellt waren, nun zu rigorosen EU-Gegnern mutierten. Folgt man deren Argumentation, steht die Europäische Union stellvertretend für die genannten Kehrseiten der Modernisierung: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle „Überfremdung“ und Krise der politischen Repräsentation. Die sonst so abstrakte Globalisierung findet mit ihr einen konkreten Schuldigen.

Die Entstehungsursachen spiegeln sich in der Wählerstruktur der populistischen Parteien. Belege für die Modernisie-

rungsverlierer-These lassen sich sowohl sozialstrukturell als auch auf der Einstellungsebene finden.⁶ Männer, junge und mittlere Altersgruppen sowie niedrige bis mittlere formale Bildungsabschlüsse sind unter den Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich vertreten. Mit dem Siegeszug des „Neoliberalismus“ wandten sich seit den 1990er Jahren über die Angehörigen des alten Mittelstands hinaus Arbeiter und Arbeitslose vermehrt dem Rechtspopulismus zu. Die Wählerzusammensetzung näherte sich dadurch der linkspopulistischen/-sozialistischen und sozialdemokratischen Konkurrenz an. Auf der subjektiven Ebene hat sich gezeigt, dass die Wahlbereitschaft populistischer Parteien unter anderem mit starker politischer Unzufriedenheit, xenophoben Einstellungen und fehlendem sozialen Vertrauen zusammenhängt. Weil auch viele Anhänger linker Parteien konservativ-autoritäre Wertvorstellungen hegen, gibt es hier ebenfalls starke Überschneidungen mit deren Wählerschaft.

Richtet man die Aufmerksamkeit auf die Parteien im Einzelnen, geraten neben den allgemeinen Ursachen eine Reihe von anderen Bedingungen in den Blick, die stärker system- und kontextspezifisch interpretiert werden müssen. Legt man die oben vorgenommene Einteilung zugrunde, dürften die länderbezogenen Unterschiede bei den politischen Konflikten am größten sein, wurzeln diese doch primär in den historischen, institutionellen und kulturellen Eigenarten der jeweiligen Regierungssysteme. Ein gutes Beispiel ist Österreich, wo das als Konkordanzdemokratie euphemistisch verbrämte Machtkartell von SPÖ und ÖVP maßgeblich mit dazu beigetragen hat, den Anti-Establishment-Diskurs der FPÖ zu legitimieren.

Deutliche Abweichungen zeigen sich aber auch bei den ökonomischen und kulturellen Faktoren. Seit dem Aufstieg Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtsextreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die Wahlergebnisse der europäischen Rechts- und Linkpopulisten seit Ausbruch der Eurokrise, ergibt sich ein anderes Bild. Während die linken Vertreter wie Syriza, Podemos oder die Fünf-Sterne-Bewegung vor allem in den südlichen Krisenländern reüssierten, schnitten die Rechtsparteien in

den Ländern am besten ab bzw. erzielten ihre stärksten Zugewinne, die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Dies deutet zum einen auf eine unterschiedliche Priorität der Konflikte hin: In den südeuropäischen Ländern geht der ökonomische dem kulturellen Konflikt voraus, im wohlhabenderen Norden der kulturelle Konflikt dem ökonomischen. Zum anderen verweist es auf die ideologischen Implikationen der durch die Schuldenkrise hervorgerufenen Interessengegensätze. Die Kritik an der Austeritätspolitik, die die Südländer zu wirtschaftspolitischen Befehlsempfängern der sogenannten „Institutionen“ degradierte, konnte am glaubwürdigsten von der populistischen Linken vertreten werden, die Absage an jegliche Form der Transferunion, die die Mitgliedstaaten der EU ihrer nationalen Eigenverantwortung und Eigenständigkeit beraube, von der populistischen Rechten.

Typologisierung und ideologische Spielarten

Populismus kann sich mit unterschiedlichen ideologischen und programmatischen Inhalten verbinden.⁷ Während linke Populismen vor allem in Lateinamerika anzutreffen sind, stellen sie in Südeuropa ein neueres Phänomen dar. Im übrigen Europa dominiert – wie gesehen – der Rechtspopulismus.⁸ Strittig bleibt, ob der Populismus selbst ideologische Attribute aufweist. Seine rigorose Parteinahme für das Volk und gegen die Eliten betont die individuelle Freiheit ebenso wie die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Einbindung. Daraus ergibt sich ein weites Spektrum inhaltlicher Positionen, die den Populismus bestenfalls als „schlanke“ oder Bindestrich-Ideologie erscheinen lässt. Adressat und ideologische Grundlage aller Formen des Populismus ist das „Volk“ als identitätsstiftendes Ideal. Anstelle der Anerkennung der Komplexität moderner Gesellschaften setzen die Populisten moralische Werte und Tugenden. Die inhaltliche Füllung des Volksbegriffes variiert je nach ideologischer Ausrichtung. Rechte Parteien verweisen vor allem auf die nationale Identität, während linke Gruppierungen stärker an den sozialen Status der Arbeitnehmer und Arbeitslosen appellieren. Beiden ist gemeinsam, dass sie die Partikularinteressen der von ihnen angesprochenen Wähler als „wahren“ Volkswillen propagieren.

Für das Überwiegen des rechten Populismus in Westeuropa lassen sich empirische und theoretische Gründe anführen. Die empirische Erklärung verweist auf den Bedeutungsanstieg der kulturellen (wertebezogenen) Konfliktlinie in den Parteiensystemen, die in den 1970er Jahren zur Entstehung zuerst der neuen sozialen Bewegungen und dann der grünen (ökologischen) Parteien geführt hat, bevor sich in den 1980er Jahren – gleichsam als „postmaterialistische“ Gegenreaktion von rechts – die neuen populistischen Parteien formierten. Die theoretische Erklärung betont den inneren Zusammenhang von rechtem Denken und populistischer Ideologie. *Erstens* sei die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite prädestiniert, das Volk auch in sich als homogene Einheit zu betrachten. Die damit einhergehende Ausgrenzung von vermeintlich nichtzugehörigen Personen oder Gruppen auf der horizontalen Ebene unterscheidet die Rechte von den universalistischen Prinzipien der Linken.⁹ *Zweitens* verfolge der Populismus trotz seiner antiliberalen und antipluralisti-

schen Stoßrichtung einen im Kern individualistischen Ansatz, der die Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund rücke und sich gegen staatliche Bevormundung und kollektiv verordnete „Zwangssolidarität“ wende. Und *drittens* sei der Populismus dem Wesen nach rückwärtsgerichtet, indem er ein durch die Modernisierungsprozesse überholtes Gesellschaftsbild konservieren möchte, das als „Goldenes Zeitalter“ romantisch verklärt wird.

Von den drei Argumenten steht das letzte auf den schwächsten Füßen. Das Festhalten oder Bewahren früherer Zustände ist längst kein Monopol der Rechten mehr (wenn es das je war), sondern inzwischen ein ebenso wichtiges Anliegen der Linken – man denke etwa an den Umwelt- und Klimaschutz oder die Absicherung des durch den internationalen Standortwettbewerb unter Druck geratenen Wohlfahrtsstaates. Ergeben sich hier möglicherweise Schnittmengen zwischen rechtem und linkem Populismus, so weisen die beiden zuerst genannten Argumente zugleich auf die Bandbreite ideologischer Positionen innerhalb der populistischen Rechten.

Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde, dem wir die bis heute beste vergleichende Gesamtdarstellung des europäischen Rechtspopulismus verdanken, setzt diesen mit der radikalen Rechten gleich.¹⁰ Als ideologische Hauptbestandteile identifiziert er dabei den Nativismus und den Autoritarismus. Der Nativismus steht für eine illiberale (aber nicht zwingend rassistische oder völkische) Spielart des Nationalismus, die für einen in kultureller Hinsicht möglichst homogenen Nationalstaat eintritt, diesen also von „fremden“ Personen und Ideen freihalten will. Die Bedrohung der Homogenität kann von einwanderungsbedingten und/oder Nationalitätenkonflikten ausgehen, was einen wichtigen Unterschied zwischen den meisten west- und mittelosteuropäischen Vertretern der radikalen Rechten markiert. Die Autoritarismus-Definition schließt wiederum an das klassische sozialpsychologische Verständnis der Frankfurter Schule an, die das Festhalten an traditionellen Moralvorstellungen und den Glauben an die hierarchische Gliederung der Gesellschaft als Kern der autoritären Persönlichkeit begriff.

Muddes Begriffsbestimmung nimmt die in der neueren Forschung verbreitete These auf, wonach „Identität“ das Schlüsselthema des rechten Populismus sei. Deren wichtigste Quelle bildet nach wie vor die Nation, die aber nicht mehr nur (oder primär) in einem partikularen Sinne aufgefasst wird, sondern eingebettet ist in ein nationenübergreifend-gemeinsames, (west)europäisches Verständnis von kultureller Zugehörigkeit, dessen Gegenbild die überwiegend nichtwestliche Zuwandererbevölkerung verkörpert. Das Problem von Muddes Definition liegt darin, dass sie den ideologischen Kern der populistischen Identitätspolitik zu eng fasst.¹¹ Einerseits zeigen Parteien wie Front National, Vlaams Blok/Vlaams Belang oder die Schwedendemokraten, dass Rechtspopulismus durchaus mit rassistischen und extremistischen Positionen einhergehen kann. Andererseits ist er auch an nicht nativistische Begründungen der kulturellen Identität und gesellschaftspolitisch liberalere Positionen anschlussfähig, wie etwa bei Pim Fortuyn, der sich in seiner Islamkritik ausschließlich auf liberale und demokratische Werte des Westens berief –

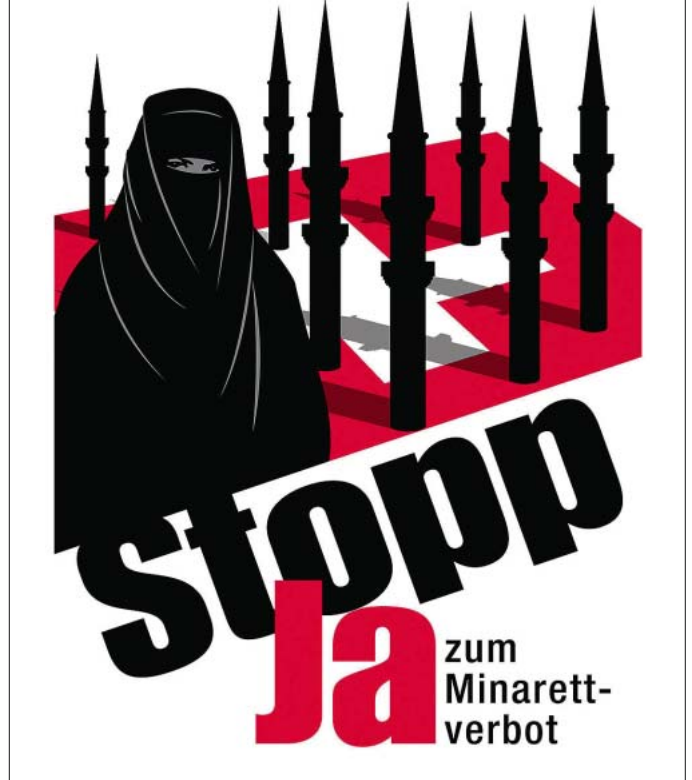
Trennung von Kirche und Staat, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Freiheit der sexuellen Orientierung. Ähnlich facettenreich wie seine „Identitätspolitik“ gestaltet sich die wirtschaftspolitische Programmatik des Rechtspopulismus. In der Entstehungsphase verfolgten dessen Vertreter noch fast allesamt einen „neoliberalen“ Kurs, bevor in den 1990er Jahren bei den meisten Parteien protektionistische Positionen die Oberhand gewannen. Statt den Wohlfahrtsstaat zu verschlanken, sollte dieser nun verteidigt und sogar weiter ausgebaut werden. Dazu galt es, auch der europäischen Politik in den Arm zu fallen, die sich einseitig auf die Beseitigung der Marktschranken konzentrierte. Mit diesem Wechsel nach links entsprachen die neuen Rechtsparteien einerseits ihrer veränderten Wählerbasis, andererseits ließen sich die sozialpopulistischen Forderungen an die identitätspolitischen Kernthemen der Zuwanderungsbegrenzung und Multikulturalismuskritik gut anschließen. Die Rechtspopulisten konnten damit den linken Parteien zum Teil das Wasser abgraben bzw. das Aufkommen neuer linkspopulistischer Konkurrenten verhindern. Die in der Literatur als „Wohlfahrtschauvinismus“ bezeichnete Haltung, wonach der eigene Wohlstand vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch „Dritte“ (sei es Zuwanderer oder sei es Angehörige anderer Nationen) zu schützen sei, traf und trifft vor allem in den wirtschaftsstarke Ländern auf fruchtbaren Boden, die ein vergleichsweise hohes sozialstaatliches Leistungsniveau aufweisen.

Wirkungen und Bekämpfungsstrategien

Die populistischen Herausforderer haben die Parteiensysteme in den europäischen Demokratien nachhaltig verändert. Ihre Bezeichnung als „Protestparteien“ täuscht über die Langlebigkeit des Phänomens hinweg. Treffender erscheint es, die neu entstandenen Parteien als „Sprachrohre der Unzufriedenheit“ zu betrachten, die Repräsentationslücken der etablierten Politik offenlegen und ausgleichen.¹² In diesem Sinne und soweit sie sich im Rahmen des „Verfassungsbogens“ bewegen, erfüllen die Populisten eine für die Demokratie potenziell nützliche Funktion.

Die Einschränkung „potenziell“ ist wichtig. Sie weist darauf hin, dass die herausgeforderten Parteien unterschiedliche Möglichkeiten haben, auf die Herausforderer zu reagieren. Dabei geht es nicht einfach um die Alternative „Anpassung oder Abgrenzung“, wie es häufig plakativ heißt. So macht es z. B. einen Unterschied, ob die Formen und Stilmittel des Populismus übernommen werden oder dessen inhaltliche Positionen. Eine Abgrenzungsstrategie muss nicht ausschließen, dass man sich der unliebsamen Konkurrenz in der Substanz annähert. Umgekehrt kann eine Anpassungsstrategie von heftigen verbalen Attacken auf die populistischen Akteure begleitet sein.

Zu fragen ist weiter, worauf sich die Abgrenzung oder Anpassung genau bezieht. Wenn die etablierten Parteien sich der Probleme und Themen annehmen, die von den Herausforderern aufgebracht werden, heißt das noch lange nicht, dass sie auch die Antworten oder Lösungsvorschläge für diese Probleme teilen. Zum Wesen des Populismus gehört, dass er solche Antworten entweder gar nicht gibt – oder die Antworten gehen an der Komplexität der Probleme vorbei. Wenn Politikerinnen, Politiker und Parteien sich gegenseitig Populismus vorwerfen, ist in der Regel genau dieses gemeint.



Das Anti-Minarett-Plakat der SVP sorgte im Vorfeld einer Volksabstimmung im Jahr 2009 für Diskussionen. Der anhaltende Wahlerfolg der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zeigt, dass sich Widerstand gegen die europäische Integration, Einwanderungskepsis und Anti-Islamismus für politische Zwecke durchaus instrumentalisieren lassen. Die SVP erreichte bei den Nationalratswahlen 2015 29,4 Prozent. Auf der regionalen Ebene ist die SVP in Kantonen und Gemeinden gut verankert. picture alliance/dpa

Die Politikunfähigkeit des Populismus muss von seinen Anhängern aber nicht unbedingt als Problem empfunden werden. Wäre das der Fall, dann könnten die populistischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit nur in der Oppositionsrolle ausspielen bzw. bewahren. Die Realität hat diese Erwartung zum Teil widerlegt.¹³ Während die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst hinnehmen mussten, zeigt der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei, dass sich Widerstand gegen europäische Integration, Einwanderungskepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde lange von einer rechtspopulistischen Allianz der Forza Italia Berlusconi mit der Lega Nord regiert. Die Dänische Volkspartei ist zwar nicht direkt in Regierungsverantwortung gewesen, bestimmte aber von 2001 bis 2011 als tolerierender Partner der liberal-konservativen Regierung deren Kurs maßgeblich mit. Unter ihrem Druck wurden die Einwanderungs- und Asylgesetze drastisch verschärft sowie eine Renationalisierung der Europa-politik eingeleitet. Mit der Neuauflage des Tolerierungsbündnisses nach der Wahl 2015, aus der die Dänische Volkspartei als stärkste Kraft im bürgerlichen Lager hervorging, könnte sich ihr Einfluss weiter erhöhen.

Auf der anderen Seite stehen Länder, die um die populistische Konkurrenz einen „Schutzgürtel“ (*cordon sanitaire*) legen und ihr gegenüber strikte Distanz halten. So ist z. B. in Schweden jegliche Form der Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten verpönt, es gibt nicht einmal Gesprächskontakte. Auch politikinhaltlich wetteiferten die etablierten Vertreter lange Zeit darum, sich von den restrikt-

tiven Positionen der rechten Herausforderer in der Einwanderungs- und Asylpolitik möglichst stark abzuheben. Falls das Ziel dieser Politik darin bestanden haben sollte, den Vormarsch der Rechtspopulisten zu stoppen, war der liberale schwedische Ansatz genauso wenig erfolgreich wie die dänische Anpassungsstrategie. Bei den Reichstagswahlen im Herbst 2014 konnten die Schwedendemokraten mit einem Ergebnis von 12,9 Prozent zu den Rechtspopulisten in den skandinavischen Nachbarländern aufschließen. Inzwischen liegen sie in den Umfragen bei über 20 Prozent. Welche Handlungsempfehlungen lassen sich nun aus dem Scheitern der gegensätzlichen Bekämpfungsstrategien ableiten? Neben der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung, die sich als Empfehlung von selbst versteht, erscheinen folgende vier Aufgaben(-felder) wesentlich, um das Übel bei der Wurzel (der gesellschaftlichen und politischen Probleme) zu packen:

Erstens bedarf es auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene einer Politik, die den ökonomischen und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rückt. Das Bewusstsein der Bedeutung, die der Wohlfahrtsstaat für diesen Zusammenhalt gewinnt, ist in der Vergangenheit mehr und mehr abhandengekommen. Sie zeigt sich gerade mit Blick auf den internationalen Wettbewerb: Je weiter sich die Volkswirtschaften nach außen öffnen, umso wichtiger werden Bildung und Ausbildung (um sich für den Wettbewerb zu wappnen), aber auch die Absicherung gegen die durch den Wettbewerb entstehenden Risiken im Inneren. Gelingt es der Politik nicht, eine Gesellschaft auf der Basis von Chancengleichheit und Fairness zu errichten, kann das Populismus-Potenzial nicht reduziert werden.

Zweitens muss man beim Rechtspopulismus versuchen, der Konkurrenz auf deren eigenem Feld zu begegnen – der Wertepolitik. Dies stellt vor allem für die in ihrem Werteverständnis eher materialistisch geprägten Sozialdemokraten ein schwieriges Problem dar, die verloren gegangenen Kredit aber nur zurückgewinnen können, wenn sie der rechten „Gegenmodernisierung“ ein eigenes, nichtregressives Modell einer guten Gesellschaft entgegenstellen, das die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit aufnimmt. Dies gilt vor allem für die Zuwanderungspolitik.¹⁴ So entschieden man der rechtspopulistischen Perfidie entgegentreten muss, soziale Konflikte in rein kulturelle oder nationale Konflikte umzudeuten, so wenig sollte man umgekehrt der Versuchung unterliegen, kulturelle Differenz (und den Umgang mit ihr) auf ein ausschließlich soziales Problem zu reduzieren.

Drittens gilt es deutlich zu machen, warum eine Politik, die die Märkte auf der europäischen und transnationalen Ebene reguliert und dazu nationale Zuständigkeiten abgibt (bzw. abzugeben bereit wäre), dennoch im nationalen Interesse ist. Diese Herausforderung stellt sich in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken Populismus gleichermaßen. Die zunehmend europamüden Bürgerinnen und Bürger lassen sich für das Integrationsprojekt nur zurückgewinnen, wenn die sozialen und kulturellen Nebenfolgen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, nicht mehr ausschließlich der nationalstaatlichen Politik aufgebürdet werden. In anderen Bereichen – etwa der Außen- und Verteidigungspolitik – wäre es geboten, dass die politischen Eliten selbst über ihren Schatten springen; hier scheitert die Überwindung des nationalen Denkens nicht an den Widerständen der Bevölkerung.

Und *viertens* müssen die Parteien sich nach außen hin gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern öffnen. Dies verlangt nach einem anderen Repräsentations- und Organisationsverständnis, das mit dem heutigen Modell der von oben gesteuerten Mitglieder- und Funktionärsparteien bricht. Überlegt werden sollte auch, ob und in welcher Form man die repräsentative Parteiendemokratie durch direktdemokratische Beteiligungsverfahren ergänzen kann – damit sich die Rechtspopulisten dieser Forderung nicht exklusiv bemächtigen. Vor allem braucht es eine neue Kultur des Zuhörens und des Aufeinander-Zugehens. Die in einer Demokratie unverzichtbare Volksnähe der Politikerin bzw. des Politikers gebietet nicht, dem Volkswillen hinterherzulaufen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern Gehör zu schenken. Dies setzt voraus, dass man die Lebenswirklichkeiten seiner Wählerinnen und Wähler kennt oder ihnen zumindest nicht ausweicht.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Frank Decker (2015): Art. „Rechtspopulismus“. In: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. 6. Aufl., München, S. 535–538.
- 2 Für einen kompakten Überblick vgl. Ernst Hillebrand (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn.
- 3 Helmut Dubiel (1986): Das Gespenst des Populismus. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt am Main, S. 47.
- 4 Lawrence Goodwyn (1976): Democratic Promise. The Populist Moment in America. New York.
- 5 Vgl. Hanspeter Kriesi/Takis S. Pappas (Hrsg.) (2015): European Populism in the Shadow of the Great Recession. Colchester.
- 6 Vgl. Tim Spier (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden.
- 7 Vgl. Karin Priester (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt am Main.
- 8 Vgl. Carlos de la Torre (Hrsg.) (2015): The Promise and Perils of Populism. Global Perspectives. Lexington.
- 9 Vgl. Jan-Werner Müller (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin.
- 10 Cas Mudde (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge.
- 11 Vgl. Frank Decker/Marcel Lewandowsky (2012): Die rechtspopulistische Parteienfamilie. In: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteienfamilien. Opladen, S. 268–218.
- 12 Vgl. Stijn van Kessel (2015): Populist Parties in Europe. Agents of Discontent? Basingstoke, New York.
- 13 Vgl. Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden.
- 14 Vgl. Paul Collier (2014): Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Frank Decker ist Universitätsprofessor für Politikwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Eine Debatte mit Ursula Birsl, Michael Minkenberg, Daniel Stockemer und Adrian Vatter

Rolf Frankenberger, Steffen Kailitz

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien sind in Europa auf dem Vormarsch. In fast allen europäischen Staaten haben rechtspopulistische Parteien Sitze im EU-Parlament und/oder im nationalen Parlament gewonnen. In einigen Ländern sind oder waren sie an der Regierung beteiligt. Über Ursachen, Entwicklungen und Folgen des Aufstiegs rechtspopulistischer und -extremistischer Parteien in Europa diskutierten Ursula Birsl, Adrian Vatter, Michael Minkenberg und Daniel Stockemer mit den Moderatoren Rolf Frankenberger und Steffen Kailitz im Rahmen der Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“ (29.09.–01.10.2016). Nach einer Konkretisierung und Abgrenzung der beiden Begriffe Rechtspopulismus und Rechtsextremismus konzentriert sich die nachfolgend dokumentierte Diskussion auf die Einordnung rechtspopulistischer Parteien sowie auf deren Erfolgsbedingungen und Wählerklientel. Abschließend wird der Themenkomplex Einstellungen und politische Kultur erörtert. ■

Rechtspopulistische Parteien gewinnen an Einfluss

Steffen Kailitz: Wir beobachten in den letzten Jahren einen rasanten Aufstieg des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Dabei gewinnt man den Eindruck, dass gehäuft auftretende Krisenphänomene wie die Finanzkrise, die Brexit-Diskussion oder die aktuelle Flüchtlingsfrage den Mobilisierungserfolg von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien begünstigen. Ausgehend von der konzeptionellen Abgrenzung zentraler Begriffe wie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus werden wir solche und andere Aspekte diskutieren und anschließend vor allem auf die deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz sowie auf Frankreich eingehen, um abschließend die gesamteuropäische Entwicklung in den Blick zu nehmen. Zunächst eine Frage an Ursula Birsl: Wie können wir die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtspopulismus voneinander abgrenzen? Sind dies überhaupt die beiden sinnvollsten Begriffe, um das Feld zu strukturieren?

Begriffe und Konzepte

Ursula Birsl: Ich selbst benutze den Begriff Rechtspopulismus nicht. Ich verwende alternativ drei Abgrenzungen beziehungsweise drei Phänomene, deren Übergänge und Verflechtungen mich besonders interessieren. Das sind der Konservatismus, die radikale Rechte sowie die extreme Rechte. Und zwar deshalb, weil wir schon allein den Kon-

servatismus und auch die radikale Rechte als eine immanente Gegenbewegung zur Demokratisierung und Demokratie begreifen sollten. Diese Debatte haben wir in der Politik- und Geschichtswissenschaft in den 1970er und 1980er Jahren lange geführt. Es ist eine Debatte, die leider versiegt ist und von der ich glaube, dass wir sie wieder aufleben lassen müssen. Was bei der radikalen Rechten relevant ist – deswegen auch insbesondere die Abgrenzung zum Begriff der extremen Rechten –, dass man hier unterstellen kann, dass sie sich immer noch im Rahmen oder im Referenzrahmen der liberalen Demokratie bewegt, was wir bei der extremen Rechten so nicht sagen können. Und die radikale Rechte ist durchaus in der Lage – und das auch programmatisch –, mit den Verfahren und Institutionen der Demokratie umzugehen. Das Risiko, das von diesen Bewegungen und Organisationen ausgeht, ist die Umformung und Aushöhlung der Demokratie von innen heraus. Und zwar so, dass wir die Etiketten der Institutionen der Demokratie weiterhin behalten, die politische Praxis aber entdemokratisiert wird. Der Begriff des Rechtspopulismus verschleiert eher diese Gefahr für Demokratie und Demokratisierungsprozesse, da er den Blick nicht schärft für das, was sich dort programmatisch und auch in Bewegungen und Organisationen real abspielt.

Steffen Kailitz: Michael Minkenberg, wie würden Sie die Begrifflichkeiten abgrenzen?

Michael Minkenberg: Im Grunde hat Ursula Birsl die Hälfte meiner Überlegungen vorweggenommen. Ich möchte das noch durch einen anderen Blickwinkel ergänzen. Mir wird im Grunde seit 20 Jahren immer ein bisschen unbehaglich, wenn vom Rechtspopulismus die Rede ist und dann die üblichen Verdächtigen aufgezählt werden. Denn der Begriff des Populismus lenkt unseren Blick auf etwas, das meines Erachtens nicht das eigentliche Problem ist. Das Problem ist, was diese Gruppierungen inhaltlich wollen, wohin sie streben und wo sie ansetzen. Die meisten Gruppen eint – mit wenigen Ausnahmen – unter anderem eine starke nationalistische oder ultranationalistische Grundhaltung. Der Begriff Populismus ist auf einer anderen analytischen Ebene anzusiedeln. Dabei geht es vor allem um Kritik an der repräsentativen Demokratie, am „Establishment“, an vorgeblich korrupten Eliten und so weiter. Lässt sich das als Ideologie fassen, so wie wir zum Beispiel von Sozialismus, Liberalismus oder Faschismus als Ideologie sprechen? Da kommt die Forschung zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen. Ich schließe mich dem niederländischen Politikwissenschaftler Cas Mudde an. Er kommt zu dem Schluss, dass es sich – wenn überhaupt – um eine dünne Ideologie handelt. Für ihn ist Populismus eher ein politischer Stil, eine Inszenierungsform und nicht so sehr eine programmatische oder ideologische Schwerpunktsetzung. Insofern folge ich Ursula Birsl. Ich denke, der Begriff eignet sich nicht, eine

Gruppe im Sinne einer Parteienfamilie zu definieren. Er eignet sich höchstens, um zu fragen, wie sich diese Gruppen gegenüber anderen politischen Akteuren inszenieren. Man sollte also vielmehr nach dem inhaltlichen Kern und nach den Übereinstimmungen dieser Parteien fragen. Dies ist der Ultrationalismus, der von der ethnozentrischen Überhöhung des eigenen Kollektivs bis hin zu radikalen, völkischen und rassistischen Varianten gehen kann. Und das würde dann auch den Extremismus einschließen.

Einordnung politischer Parteien

Steffen Kailitz: Nachdem wir nun in die theoretische Debatte eingestiegen sind, wollen wir direkt auf einen Fall blicken, auf die Schweizerische Volkspartei (SVP). Adrian Vatter, wie würden sie die SVP einzuordnen? Machen die beiden Kategorien rechtspopulistisch und/oder rechtsextremistisch hier Sinn?

Adrian Vatter: Es gibt in der wissenschaftlichen Debatte durchaus auch andere Positionen, welche mit der Bezeichnung von Parteien als rechtspopulistisch gerade die antielitistischen und antipluralistischen Merkmale hervorheben wollen. Bei der SVP haben wir mit dem Begriff „Volk“ dieses antielitistische und damit auch antipluralistische Element schon im Namen der Partei verankert. Insofern kann man bei der SVP von einer rechtspopulistischen Partei sprechen, die gerade mit den in der Schweiz stark ausgebauten Instrumenten der direkten Demokratie sehr gut spielen kann und diese auch permanent nutzt, um das Misstrauen gegenüber der politischen Elite zum Ausdruck

zu bringen, um ihre Themen zu setzen, um ihre eigene Wählerschaft zu mobilisieren. Ich würde bei der SVP nicht von einer rechtsextremen Partei sprechen, obwohl es durchaus personelle Verknüpfungen gibt. Aber grundsätzlich ist die SVP doch auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaates. Ein wichtiges programmatisches Ziel der Partei ist jedoch die Erhöhung des Prinzips der Volkssouveränität. Dies erreicht sie durch den Versuch, die anderen Institutionen der liberalen Demokratie, wie etwa Gerichte, zu schwächen und vor allem die direkte Demokratie zu forcieren.

Michael Minkenberg: Ich möchte hier ergänzen, dass die Begriffe Volk, Volkssouveränität und Volkspartei ganz zentral sind. Diese gibt es auch in anderen Ländern, und es ist gerade deswegen wichtig, weil im deutschen Begriff „Volk“ und auch im englischen Begriff „people“ zwei ganz unterschiedliche Dimensionen enthalten sind: Der Demos und der Ethnos. Man muss daher genau schauen, welche Vorstellung von Volk gemeint ist. Folgende Frage ist zu erörtern: Wie viel Anteil von beidem ist enthalten, wenn jemand, der als populistisch bezeichnet wird, vom Volk spricht? Die SVP spricht im Namen des Volkes, wie der Name schon sagt. Aber was für eine Vorstellung vom Schweizer Volk ist das? Sie ist antipluralistisch. Es ist eben nicht Volk im Sinne eines politisch verfassten Kollektivs, des Demos als Souverän, sondern eine Vorstellung von Volk als eine kulturelle oder ethnisch definierte Einheit – und das

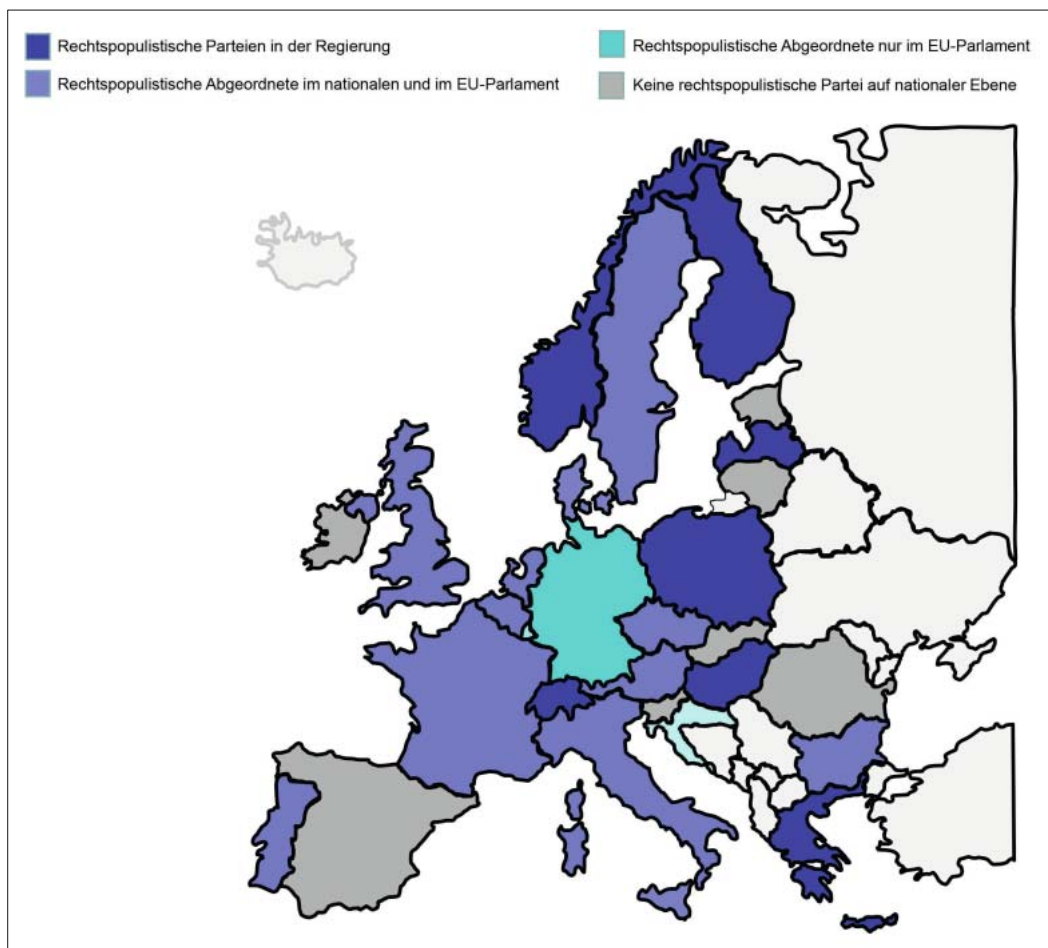


Schaubild 1: Rechtspopulistische Parteien in Europa

Nach: <http://www.bento.de/politik/uebersicht-rechtspopulistische-und-rechtsextreme-parteien-in-europa-88341/>; Stand: April 2016

heißt Ethnos. Dieser Volksbegriff ist im Grunde genommen immer aufzuteilen. Zu erörtern ist deshalb die Frage, wie viel Anteil von beidem ist jeweils enthalten, wenn jemand, der als populistisch bezeichnet wird, vom Volk spricht.

Ursula Birsli: Damit sprechen Sie zentrale Unterschiede an, die wir auch im Vergleich zu anderen Ländern finden. In der Bundesrepublik herrscht in der radikalen Rechten und in Teilen des Konservatismus ein organisches Verständnis von Volk vor. In Frankreich sind sowohl das Volksverständnis als auch das Verständnis von Nation eher kulturalistisch und weniger über den Ethnos definiert, aber dennoch mit dem Versuch der sinnstiftenden Vergemeinschaftung verbunden, die dann andere Fragen sozialer Konflikte einebnet. Was an der Schweizerischen Volkspartei noch mal besonders interessant ist, ist deren marktradikale Ausrichtung. Dies finden wir in Westeuropa in dieser radikalen Ausprägung sonst weniger, einmal abgesehen von der norwegischen Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet/FrP). In Westeuropa konnte man seit dem Ende der 1970er Jahre eine neue Entwicklung in der radikalen Rechten beobachten, die als Phänomen die Moderne und Prozesse der Demokratisierung schon seit dem 19. Jahrhundert begleitet. Wirklich neu war, dass der Front National (FN), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die SVP und die skandinavischen Parteien der radikalen Rechten im Grunde wirtschaftsliberale Parteien und Steuerprotestparteien waren, auch wenn einige wie der FN das wirtschaftsliberale Programm inzwischen wieder abgelegt haben. Die SVP bleibt jedoch eine solche wirtschaftsliberale Partei, die es schafft, dies und eine radikal rechte Sinnstiftung über Vergemeinschaftungsprozesse miteinander zu verbinden. Frank Decker argumentiert in diesem Zusammenhang, dass der Populismus das Scharnier zwischen neoliberalen oder wirtschaftsliberalen Programmatiken und rechter oder rechtskonservativer Ideologie bilde. Ich glaube, dieses Scharnier braucht es nicht, denn auch der Wirtschaftsliberalismus benötigt diese Art der Sinnstiftung. Und da braucht es nicht zwingend eine bestimmte politische Strategie. Deshalb ist die SVP so interessant. Bei dieser können wir nämlich genau beobachten, wie so etwas zusammengeht.

Adrian Vatter: Ich stimme Ihnen zu, die SVP ist eine starke neoliberale, marktradikale Partei, allerdings mit einer Ausnahme: Wenn es um Agrarpolitik geht, dann ist sie stark protektionistisch und setzt sich für ihre alte Wählerklientel der Bauernschaft und der Gewerbetreibenden ein.

Steffen Kailitz: Und wie könnte man den schon angesprochenen Front National (FN) einordnen, Daniel Stockemer? Gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre. Ist der FN rechtspopulistisch, rechtsextremistisch oder beides zugleich?

Daniel Stockemer: Der Front National ist aus meiner Sicht als rechtsradikal zu bezeichnen. Er akzeptiert – zumindest formal – die demokratische Grundordnung und geht gerichtlich gegen jeden vor, der die Partei als extremistisch bezeichnet. Kennzeichen des Front National sind zum Beispiel ein ethnozentrisches Weltbild, Nationalismus, Stärkung der Staatssouveränität, Ablehnung traditioneller Organisationen, Stärkung der nationalen Identität, Ablehnung alles Fremden. Ferner benutzt der Front National Populismus als rhetorische Strategie. In diesem Sinn ist Populismus kein inhaltliches, sondern ein rhetorisches Merkmal, gekennzeichnet durch das Aufstellen von Feindbildern, durch Emotionalisierung und das Schüren von Angst, etwa vor dem Islam. Darüber hinaus ist der FN eine Anti-Partei,



die sich gegen Eliten, etablierte Parteien, Medien, Europa und Einwanderung wendet. Und genau diese Anti-Haltung ist ein weiteres Kennzeichen von rechtsradikalen und rechtspopulistischen Parteien. Im Unterschied etwa zur SVP hat sich der FN von seinen marktliberalen Positionen distanziert. Er erhebt den Anspruch, das einfache Volk und die eher niedrigen Einkommensgruppen zu repräsentieren. Im Zuge dieser Umorientierung hat er stark sozialistische und kommunistische Positionen übernommen und ist in Frankreich die von Arbeitern am meisten gewählte Partei. Der FN steht zum Beispiel für Reindustrialisierung, Protektionismus und Sozialchauvinismus. So sollen beispielsweise Sozialmaßnahmen ausschließlich für Franzosen gelten. Gerade diese nationale Präferenz ist im Programm des FN stark ausgeprägt.

Erfolgsbedingungen und Wählerklientel

Steffen Kailitz: Eine der bedeutenden Thesen der Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforschung lautet, dass in besonderem Maße Modernisierungsverlierer zur Wahl dieser Parteien neigen. Nun ist die Schweiz eines der wohlhabendsten Länder Europas. Warum also kann eine rechtspopulistische Partei gerade in der Schweiz derart große Erfolge feiern? Und worin unterscheidet sich die SVP von rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern Europas? Wendet sie sich vielleicht gar nicht in dem Maße an die Modernisierungsverlierer, wie das in anderen Ländern der Fall ist?

Adrian Vatter: Hier kommen verschiedene Punkte zusammen. Die SVP hatte bei den letzten Nationalratswahlen einen Wähleranteil von 29,4 Prozent. Sie sitzt mit Ausnahme eines Jahres seit über 80 Jahren in der Regierung. Erstens

PEUPLE

Marine Le Pen und der Front National erheben den Anspruch, das einfache Volk und die eher niedrigen Einkommensgruppen zu repräsentieren. Der Front National wendet sich gegen Eliten, etablierte Parteien, Medien, Europa und gegen Migration. Die Partei hat inzwischen sozialistische Positionen übernommen und ist in Frankreich die von Arbeitern am meisten gewählte Partei.

picture alliance/dpa

bietet die direkte Demokratie einen idealen Rahmen für eine solche populistische Partei. Sie kann dadurch permanent Themen auf die Agenda setzen, und die offizielle Politik ist darauf angewiesen, jeweils darauf zu reagieren. Zweitens ist die SVP aufgrund des Konkordanzsystems in der Schweiz schon lange Regierungsmitglied. Es gibt keinen institutionellen Raum, in dem die SVP ausgegrenzt wird. Im Gegenteil: Sie wird durch die Regierungsbeteiligung akzeptiert und auch legitimiert. Drittens ist das stark neoliberale Element der SVP bedeutsam. Wenn wir uns die Wählerschaft anschauen, dann haben wir auf der einen Seite die Gruppen mit niedrigeren Einkommen, die die SVP aufgrund ihrer nationalkonservativen Positionen wählen. Auf der anderen Seite haben wir die höheren Einkommensgruppen, die die SVP aufgrund ihrer neoliberalen Politik wählen. Als Folge hat sie eine Wählerschaft, die durchaus entgegengesetzte Interessen vertritt. Und es gibt Studien, die zeigen, dass eben gerade niedere Einkommensschichten die SVP trotz ihrer neoliberalen Position wählen, vor allem, weil sie eine stark EU-skeptische Position einnimmt und natürlich für eine restriktive Migrationspolitik einsteht.

Michael Minkenberg: Es ist ja nicht so, dass es in einem wohlhabenden Land niemanden gibt, der sich als benachteiligt einstuft. Es geht häufig nicht um die objektiven Wohlstandskriterien. Was für den FN gilt, kann man in ganz Westeuropa beobachten. Die treueste Wählerschaft rechtsradikaler Parteien findet sich häufig in der Arbeiterschaft. Sie sind mit wenigen Ausnahmen die neuen Arbeiterparteien. Woran liegt das? Es sind eben nicht die absolut Abgehängten und die Arbeitslosen, sondern vor allem die manuell Arbeitenden, die seit über 20 Jahren in Westeuropa rechtsradikal wählen. Es geht also nicht um objektive Verlusterfahrung in dem Sinne, dass man auf der Straße steht, sondern es geht um die Angst vor Verlust. Die

Wählerschaft sind Modernisierungsverlierer nicht so sehr im objektiven, sondern in einem subjektiven Sinne einer Verunsicherung, man könnte der Nächste sein. Und insofern ist es eine Gruppe, die noch etwas zu verlieren hat und nicht schon eine, die alles verloren hat.

Ursula Birsl: Man kann auch gerade bei der Wahlentscheidung für die Alternative für Deutschland (AfD) beobachten, dass es vor allem die Facharbeiter sind, die untere und mittlere Mittelschicht und kleine Unternehmer, die rechtspopulistisch wählen. Und interessanterweise dann auch häufig eher im ländlichen Raum als in den Städten. Dort kommt es sozusagen zu einer Allianz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Gerade kleinere Unternehmer teilen häufig politische Einstellungen und Interessen ihrer Facharbeiter und Angestellten. Wir unterstellen häufig, dass Arbeiter und Arbeiterinnen grundsätzlich links und sozialdemokratisch orientiert zu sein haben und unterschätzen oder vernachlässigen den konservativen Teil der Arbeiterschaft, den es schon immer gab und der nun gezielt von rechtspopulistischen und -radikalen Parteien angesprochen wird. Und das sind in der Tat diejenigen, die noch etwas zu verlieren haben.

Steffen Kailitz: Deutschland scheint in gewisser Hinsicht bislang im europäischen Vergleich ein Sonderfall zu sein. Bis vor kurzem hat es keine rechtspopulistische Partei geschafft, in Deutschland auf Dauer Fuß zu fassen. Mit dem Aufkommen der AfD scheint sich das zu ändern. Zum einen stellt sich nun die Frage, warum sich so lange keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei etablieren konnte, zum anderen, warum gerade jetzt?

Michael Minkenberg: Man könnte zur Antwort auf die erste Frage auf das Diktum von Franz Josef Strauß zurückgreifen, dass rechts von der CDU/CSU kein Platz für eine demokratisch legitimierte Partei sei. Die CDU/CSU konnte manchmal gemeinsam, manchmal arbeitsteilig das rechte Wählerpotenzial ganz oder zumindest teilweise binden. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass die CDU/CSU unter Angela Merkel und in einer Großen Koalition eben nicht mehr so wahrgenommen wird. Schon in den 1960er Jahren gab es die These, dass die Große Koalition zum Erstarken der NPD beigetragen habe. Hinzu kommt ein politisch-kultureller Aspekt. In Deutschland gab es eine im Vergleich zu Frankreich oder Österreich sehr viel höhere Hemmschwelle, sich einer rechtsradikalen Partei zuzuwenden. Bisherigen Parteien wie die Republikaner oder die Deutsche Volksunion (DVU) haftete immer das Etikett an, zu weit rechts zu stehen und die deutsche Vergangenheit nicht aufgearbeitet zu haben. Dies sehen wir auch heute immer wieder. Die Diskussion, die gerade in der AfD um Frauke Petrys Vorschlag, den Begriff des Völkischen zu rehabilitieren, geführt wird, zeigt, dass hier Sensibilitäten im Spiel sind, die man vielleicht in anderen europäischen Ländern so nicht hat. Insofern ist es eine Mischung aus institutionellen und kulturellen Faktoren.

Steffen Kailitz: Adrian Vatter, wie ist der Blick aus der Schweiz heraus auf die Entwicklung in Deutschland?

Adrian Vatter: Aus der Außenperspektive war die Entwicklung der letzten Jahre schon eine Überraschung, insbesondere mit den Landtagswahlen 2016 und den Erfolgen der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Ba-

den-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz. Für mich war lange eine mögliche Erklärung, dass es vor allem die klassischen Konkordanzdemokratien wie die Niederlande mit Geert Wilders Partij voor de Vrijheid (PVV), Belgien mit dem Vlaams Belang, Österreich mit der FPÖ und die Schweiz mit der SVP sind, in denen es rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien einfacher haben. Denn hier findet sich oft nicht das klassische Bild von Regierung und Opposition, so dass der Eindruck entsteht, dass „Hinterzimmer-Kompromisse“ durch Eliten stattfinden. Dies ist ein Ansatzpunkt für populistische Parteien, ihren Antielitismus und Populismus in Stellung zu bringen. Allerdings ist in den letzten Jahren auch in anderen Demokratien wie Deutschland oder Großbritannien ein Erstarken rechtsradikaler Parteien zu beobachten. Das ist besonders problematisch. Es bedeutet, dass nicht mehr nur ein ganz bestimmter Demokratietypus mit begünstigenden Bedingungen betroffen ist, sondern rechtspopulistische Parteien nun unabhängig vom Demokratietypus und quer zu Mehrheits- und Konkordanzdemokratien Erfolge feiern.

Michael Minkenberg: Wenn wir fragen, wo der Aufstieg rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien begünstigt wurde, würde ich zunächst einmal zeithistorisch fragen: In welchen Ländern haben sich diese Parteien früh und dann dauerhaft etabliert? Frankreich, Österreich, Belgien, dann Italien. Nicht in den Niederlanden, in Deutschland oder Großbritannien. Aber wiederum durch Reformen und innerparteiliche Änderungsprozesse in den skandinavischen Ländern, zumindest in Dänemark und Norwegen. Diese Länder haben hinsichtlich des Demokratietyps nicht viel gemeinsam. Was sie aber gemeinsam haben, ist eine starke kulturelle Homogenität im Sinne einer dominanten historischen, wenn auch nicht unbedingt aktuell gelebten, Religionsgemeinschaft. Erst durch Migration und demographische Veränderungen ist diese Homogenität ab den 1980er Jahren aufgebrochen. Und genau in den Ländern, die bis in die 1980er Jahre relativ homogen waren und dann einen Sprung in Richtung kultureller Pluralisierung erlebten, konnten sich rechtsradikale Parteien früh und dauerhaft etablieren. Hinzu kommen noch andere Faktoren wie etwa der Demokratietyp.

Einstellungen und politische Kultur

Rolf Frankenberg: Wir haben jetzt relativ viel über die Angebotsseite, über die Parteien, die Strukturen der Parteien, das Aufkommen der rechtspopulistischen Parteien und über institutionelle Rahmenbedingungen gesprochen. Über die Nachfrageseite, die Wählerinnen und Wähler, haben wir bisher weniger erfahren. Was gerade im deutschen Fall häufig debattiert wird, ist die Frage, ob sich die politische Kultur geändert hat? Und dass so eine Änderung, d. h. eine Verrohung der politischen Kultur und der Debattenkultur, überhaupt die Möglichkeitsbedingungen für den Erfolg rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien geschaffen hätte. Wie ist das einzuschätzen? Hat sich die politische Kultur geändert oder ist die neuere Entwicklung etwas, das im Einstellungspotenzial der Bevölkerung immer da war und nun wirklich stärker auf diese Möglichkeitsbedingungen zurückzuführen ist?

Adrian Vatter: Zumindest für die Schweiz möchte ich darauf hinweisen, dass rechtsradikale Parteien nicht erst seit den 1990er Jahren mit der SVP bestehen. Wir hatten schon in

den 1960er Jahren die Nationale Aktion, später die Schweizer Demokraten, die Republikaner, die Vigilance. Das hängt damit zusammen, dass wir eine hohe Persistenz des Überfremdungsdiskurses in der Schweiz haben. Schon in den 1960er Jahren haben die Migrationsdebatte und die harte Auseinandersetzung im öffentlichen Diskurs angefangen. Man spricht immer von einer Verrohung der öffentlichen Debatte. Aber wenn wir uns die Debatten der 1970er Jahre in der Schweiz anschauen, dann wurden die auch schon sehr hart geführt. Das hängt natürlich wiederum mit der direkten Demokratie zusammen. Wir hatten in den 1970er Jahren schon die erste sogenannte Überfremdungsinitiative, in der es um eine Begrenzung des Ausländeranteils auf zehn Prozent ging. Diese Initiative führte zu einer Stimmbeteiligung von über 70 Prozent, was sehr hoch ist für die Schweiz. Es gab eine sehr intensive Debatte, die auch eine Grundlage für die SVP darstellte, da sie auf diesen Diskurs aufbauen konnte. Eine gewisse Verrohung des politischen Diskurses hat also schon viel früher stattgefunden.

Ursula Birsl: In Deutschland hatten wir nie ein extrem rechtes Einstellungspotenzial von 25 bis 30 Prozent. Wir haben eine andere interessante Konstellation: Auch in den ganz aktuellen Einstellungsuntersuchungen wird keine Zunahme extrem rechter Einstellungspotenziale verzeichnet. Das Niveau liegt seit mehreren Jahren unter zehn Prozent. Gleichzeitig explodieren die Zahlen rechter Gewalttaten gegenüber Asylunterkünften, Geflüchteten und denen, die als Migrantinnen und Migranten identifiziert werden. Und auch Gewalttaten gegen Politikerinnen und Politiker haben sich im Vergleich zum letzten Jahr etwa verdoppelt. Es werden immer mehr „Normalbürgerinnen und -bürger“ gewalttätig. Rechte Gewalt gibt es also jenseits des rechtsextremen Spektrums; und dieses Spektrum profitiert davon nicht. Im Gegenteil: Die Mitgliederzahlen extrem rechter Organisationen und Parteien gehen zurück. Gleichzeitig werden diese Gruppierungen gewalttätiger und militanter.

Ein Mitglied der AfD bei einer Wahlveranstaltung seiner Partei in Mainz (Rheinland-Pfalz). Die AfD-Wählerschaft ist momentan eher männlich. Die AfD spricht zumeist Wählerinnen und Wähler an, die mit ihrer aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Situation unzufrieden sind. Ein Teil der Wählerschaft will keine Argumente hören, sondern das „System“ bestrafen. Dieser Teil freut sich am Wahlabend über die langen Gesichter bei den „Altparteien“.

picture alliance/dpa



Was wir aus Einstellungsuntersuchungen in der Bundesrepublik allerdings ablesen können, sind zwei Befunde: Erstens gibt es in einzelnen Dimensionen rechtsextremistischer Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit immer wieder Schwankungen. Gerade letztere steigt immer mal wieder an und ist am ausgeprägtesten gar nicht unbedingt gegenüber Asylsuchenden, sondern gegenüber Langzeitarbeitslosen. Das ist sozusagen immer die Top-Gruppe, gegen die sich die Feindlichkeit richtet. Und hier messen dann Studien wie die des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld Werte von konstant über 50 Prozent. Erst dann kommen Asylsuchende und andere Gruppen. Diese Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit korreliert zunehmend und statistisch signifikant mit dem so genannten marktförmigen Extremismus, also einer ausgeprägten ökonomistischen Werterhaltung gegenüber Menschen und auch einer Selbstoptimierungshaltung.

Rolf Frankenberger: Wenn das rechte Spektrum nicht davon profitiert, aber es trotzdem immer mehr rechte Gewalt gibt, dann rückt doch dieses ganze rechte Potenzial in die Mitte?

Ursula Birsl: Entweder rückt es in die Mitte oder wir haben bisher zu wenig beachtet, was sich da entwickelt und abspielt. Es sind oft Männer und Frauen, die bisher mit Gewalttaten überhaupt nichts zu tun hatten und kaum dem extremen rechten Spektrum zuzuordnen sind.

Steffen Kailitz: Kommen wir zurück zum Wählerpotenzial rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien. Betrachtet man die Wahlanalysen der letzten Zeit, so fällt auf, dass in hohem Maße auch Nichtwähler mobilisiert werden. Nun könnte man aus demokratietheoretischer Perspektive befürworten, wenn wieder Menschen zurück in das politische System geführt werden und überhaupt an Wahlen teilnehmen. Man hat hier im Grunde widerstreitende Gefühle, wenn man das beobachtet. Wie ist da in der Runde so der Eindruck?



Daniel Stockemer: Die These der Mobilisierung von Nichtwählern macht intuitiv Sinn, allerdings gibt es meines Wissens keine Panel-Analysen, die genau das untersuchen und über die Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Wahl hinausgehen. Warum macht die These dennoch Sinn? Bei den Landtagswahlen 2016 stieg die Wahlbeteiligung zwischen vier und zehn Prozent. Es wurde daher eine große Anzahl von neuen Wählerinnen und Wählern rekrutiert. Wen spricht die AfD in diesem Falle an? Es sind eher Menschen mit niedrigerem Bildungsstand, die unzufrieden mit ihrer politischen, sozialen oder kulturellen Situation sind. Da diese Gruppen in hoher Zahl Nichtwähler sind, ist es einleuchtend, dass sich diese Nichtwähler dann einer Partei wie der AfD zuwenden. Inwieweit das gut oder schlecht für die Demokratie ist, sei dahingestellt.

Adrian Vatter: Im Fall der Schweiz sehen wir, dass wir seit den 1990er Jahren einen starken Aufstieg bei der SVP haben, die heute auf eine sehr treue Wählerschaft zählen kann. Die Wahlbeteiligung ist in der Schweiz – auch bedingt durch die vielfältigen direktdemokratischen Abstimmungen – mit 45 bis 50 Prozent vergleichsweise gering und hat kaum zugenommen. Die schweigende Mehrheit bleibt also trotz rechtspopulistischer Partei weiterhin zuhause.

Steffen Kailitz: Wie sieht es insgesamt mit dem ideologischen Profil der Wählerschaft aus? Gibt es ein länderübergreifendes Profil der rechtspopulistischen und rechtsextremen Wählerinnen und Wähler?

Daniel Stockemer: Traditionell war der rechtspopulistische Wähler alt, konservativ und männlich, häufig Arbeiter. Bei meinen Studien über den Front National sehe ich, dass immer mehr junge Menschen den FN wählen und diese mittlerweile überrepräsentiert sind. Bei vielen jungen Menschen, die noch keine gefestigte Ideologie haben, kommt die einfache, populistische Rhetorik rechter Parteien mit ihren einfachen Botschaften gut an.

Michael Minkenberg: Beim FN finden sich zwei inhaltliche Konstanten: Erstens eine überproportionale Orientierung am starken Staat – also der Staat als Konfliktlöser in einer dirigistischen Art. Das mag man jetzt als typisch französisch bezeichnen, aber das findet sich auch in anderen Ländern. Und zweitens ein übersteigerter Ethnozentrismus. Wir wissen nicht genau, wer die Nichtwähler sind. Waren sie schon immer Nichtwähler oder solche, die früher andere Parteien gewählt hatten? In den 1990er Jahren gab es Studien, die zeigten, dass es sich um ehemalige Wähler etablierter Parteien handelte, die nach einer Wahlabstinenz zum FN gekommen waren. Neben einer ideologischen Grundhaltung ist es auch die Art der Interaktion dieser Parteien mit ihrem politischen Umfeld, die für die Wahlerfolge verantwortlich ist. Es gibt zudem Radikalisierungsprozess in Teilen der Wählerschaft, eine Verfestigung von Vorstellungen, die zu Beginn vielleicht noch etwas offener sind. Insofern kann man bei diesen Wählerinnen und Wählern kein rechtsextremes Weltbild unterstellen. Aber es gibt typische Grundhaltungen, die sich über verschiedene Länder hinweg bei den Wählerinnen und Wählern rechtsradikaler Parteien finden: Verunsicherung, autoritäre Vorstellungen und Ethnozentrismus.

Ursula Birsl: Beim FN und der SVP gilt aber heute: es sind etablierte Parteien. Bei der AfD muss sich erst noch zeigen,



Viele Fernsehzuschauer erhalten ihr „Flüchtlingsbild“ über die mediale Berichterstattung. Die „Kraft der Bilder“ kann zu Fehlwahrnehmungen und Verzerrungen führen, so dass die tatsächlichen Flüchtlingszahlen oftmals keine Rolle mehr spielen. Solange Migration in der Wahrnehmung der Bevölkerung ein gravierendes Problem ist, solange erfahren populistische Parteien durch die Propagierung einer „Flüchtlingskrise“ Zuspruch.

picture alliance/dpa

ob sie sich etablieren und ein Stammwählerpotenzial aufbauen kann. Die AfD-Wählerschaft ist momentan eher männlich, mittleren Alters, viele Arbeiter. Das entspricht nicht unbedingt dem, was wir insgesamt im Einstellungspotenzial finden. Denn gerade die Kombination aus Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und marktförmigem Extremismus ist auch das Potenzial für die AfD, allerdings ganz anders verteilt als die bisherige Wählerschaft. Denn es sind vor allen Dingen Jüngere und Frauen, die diese Einstellungsmuster teilen, die wiederum nicht die AfD wählen. Man könnte sagen: Glücklicherweise haben sie noch nicht gemerkt, dass sie mit der AfD eine Partei hätten, die sie dann wählen könnten. Es spiegelt sich darin ein Muster wider, das auf die meisten extrem rechten Parteien in Deutschland zutrifft: Sie werden im Wesentlichen von Männern gewählt, obwohl es in den Einstellungen wenige Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Und die Frage der Nichtwählerinnen und -wähler sollte man sehr relativ sehen. Denn nicht nur die AfD, sondern auch die anderen Parteien waren sehr wohl in der Lage, Nichtwählerinnen und -wähler zu mobilisieren.

Steffen Kailitz: Ein zentraler Faktor bei der Mobilisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien ist die Anti-Zuwanderungshaltung. Heute ist die Flüchtlingsfrage ein offenkundiger Mobilisierungsfaktor beim Wahlerfolg der AfD. Wie groß ist diese Bedeutung einzuschätzen und wie sind die Perspektiven von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, wenn diese Krise bewältigt wird? Können wir damit rechnen, dass wir dann hier wieder eine ganz andere Landkarte vorfinden, oder sind diese Parteien gekommen, um zu bleiben?

Daniel Stockemer: Ich glaube, die tatsächlichen Flüchtlingszahlen sind gar nicht so wichtig, entscheidend ist die Wahrnehmung. Und solange Krisen wie die Flüchtlingsfrage in der Wahrnehmung der Bevölkerung ein starkes Problem sind, solange hat auch die AfD das Potenzial, stark zu bleiben. Natürlich wird die AfD auch alles tun, das Interesse an der Flüchtlingsfrage in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Und ich glaube, für den Wahlerfolg der AfD auf lange Sicht kommt es wirklich darauf an, wie sich die Wahrnehmungen in der Bevölkerung über die Flüchtlingsfrage und andere Krisen entwickelt. Die tatsächlichen Flüchtlingszah-

len spielen keine Rolle. Nur ein Beispiel: Bei den Landtagswahlen 2016 war die AfD in den Bereichen in Ostdeutschland, in denen es am wenigsten Zuwanderung gibt, am stärksten. Das heißt, die Zahlen an sich sagen wenig aus. Und ich finde auch das Wort Krise hat eine negative Konnotation; haben wir wirklich eine Flüchtlingskrise? Aus deutscher Sicht vielleicht, aus europäischer Sicht nein. In die EU mit ihren mehr als 500 Millionen Einwohnern sind letztes Jahr ungefähr zwei Millionen Menschen gekommen. Leider hat es die EU nicht geschafft, diese Menschen zu verteilen und aufzunehmen. Das heißt, die Krise ist vor allem eine politische Krise. Solange es da seitens der Politiker keine gefühlten oder richtigen Lösungsangebote gibt, solange kann die „Flüchtlingskrise“ noch ein starker Mobilisator für die AfD oder andere rechtsgerichtete Parteien sein.

Michael Minkenberg: Ich glaube, der Blick auf andere Länder ist ein Teil der Antwort. Frankreich, Österreich oder auch die nordischen Länder, in denen solche Parteien schon seit 30 Jahren im Parteiensystem fest verankert sind, zeigen, man braucht so eine Krise nicht für die Konsolidierung solcher Parteien. Es hat damit zu tun, dass zunächst mal in einigen Ländern, zumindest Frankreich oder auch in Belgien, der *Cordon Sanitaire* gut funktioniert hat. Das heißt, sie haben ihre Nische gefunden, konnten diese Nische halten, haben nicht besonders viel zugelegt, das ging dann mal von Wahl zu Wahl hoch und runter, aber sie hatten ihre zehn bis 15 Prozent. Das ist jetzt ein bisschen in Bewegung geraten durch die neue Situation, aber die Krise ist nicht notwendiger Bestandteil einer Erklärung, dass solche Parteien sich etablieren können.

Ursula Birsl: Die AfD ist ähnlich wie der FN schon nicht mehr beim Thema Flucht und Asyl, sondern bei der grundlegenden Frage nach der Rolle des Islam angelangt. Man hat dann durchaus das nächste Thema, das muss dann in der Tat auch nicht unbedingt mit einer Krise zusammenhängen. Was mich momentan viel mehr beunruhigt, ist die Frage, wie die etablierten und insbesondere die konservativen Parteien darauf reagieren. Zwischen Front National, Nicolas Sarkozy und den Republikanern in Frankreich, bei uns zwischen AfD und vor allem der CSU verschwinden die scharfen Grenzen in der Argumentation. Da wird von den konservativen Parteien vieles über- und aufgenommen.

Und da stellt sich mir die Frage, was verändert sich dadurch? Rechtspopulistische Parteien sind für mich nicht allein das Problem. Brisant ist vielmehr die Frage, wie sie nach und nach die politische Kultur verändern. Und die zweite, größere Frage lautet: Wie viel Gegenbewegung gegen die Demokratie kann eine etablierte Demokratie aushalten?

Adrian Vatter: Gerade die Reaktion der etablierten Parteien erscheint auch mir zentral. Ich denke, man muss hier vielleicht noch einen Schritt weitergehen und nach Politikfeldern differenzieren. Das heißt in der Tat, dass wir in vielen Ländern eine restriktivere Migrationspolitik beobachten können, d. h. man versucht, sich der Agenda rechtsradikaler Parteien anzupassen. Wenn wir beispielsweise die EU-Politik betrachten, dann sieht das etwas anders aus. Zwischen der Europapolitik der SVP auf der einen und der der anderen Parteien haben wir einen klaren Graben.

Rolf Frankenger: Wir haben bislang viel über die Entwicklungen in Westeuropa gehört. Wenn wir über Europa sprechen, so gehören dazu aber auch die osteuropäischen Staaten. Ein Blick auf die Karte verrät, dass auch hier rechtspopulistische Parteien in Parlamenten vertreten sind und auch – wie in Polen oder Ungarn – die Regierung stellen. Sind die Entwicklungen vergleichbar?

Michael Minkenberg: Dort laufen ganz unterschiedliche Prozesse ab. Ich würde zum Beispiel nicht davon reden, dass es einen Vormarsch der radikalen Rechten in Osteuropa gibt, der mit der Entwicklung in Westeuropa vergleichbar wäre. Greift man die prominentesten Beispiele Ungarn und Polen heraus, in denen Fidesz und PiS Regierungsparteien sind, so sind diese keine klassisch rechtsradikalen Parteien. Beide waren rechtskonservative Parteien, die sich aus unterschiedlichen Gründen radikalisiert haben und nach rechts abgewandert sind. Lässt man Fidesz und PiS außen vor, so ist in ganz Osteuropa ein ständiges Auf und Ab des Wählerzuspruchs für rechtsradikale Parteien zu beobachten. Mit Ausnahme der Slowakei und der Slovenská národná strana (SNS) gibt es kein Land, in dem eine solche Partei dauerhaft mehr als drei Prozent in Parlamentswahlen erringen konnte. Die Lebensdauer rechtsradikaler Parteien in Osteuropa ist etwa halb so lang wie in Westeuropa. Die Volatilität der Wähler übersetzt sich auch in eine dünne Mitgliederdecke dieser Parteien. Dies gilt übrigens auch für andere Parteien in der Region, die im Wesentlichen auf Führungskliquen ausgerichtete Wahlmaschinen darstellen. Es gibt keine Konfliktlinien (Cleavages) mit stabilen Zuordnungen von Wählergruppen zu Parteien. Die ganze Arithmetik, die wir in Westeuropa diskutieren und die dann zu neuen Konfliktstrukturen (Realignment) führt, können wir so nicht übertragen. Und in dieser Gemengelage tauchen immer wieder solche Parteien auf; auch vor dem Hintergrund, dass es keinen *Cordon Sanitaire* seitens des Mainstream gibt. Regierungsbildung funktioniert daher relativ einfach. In der Slowakei ist beispielsweise die SNS seit März 2016 zum dritten Mal an einer Regierung beteiligt, und zwar unter Führung eines nominell sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Es ist in Westeuropa zurzeit undenkbar, dass Sozialdemokraten mit Rechtsradikalen eine Regierungskoalition auf nationaler Ebene bilden. Was jedoch jenseits dieser Unterscheide zu sehen ist, ist ein Rechtsruck fast des gesamten politischen Spektrums. Demgegenüber gibt es in Osteuropa kaum noch nennenswerte Linksparteien, so dass ein Korrektiv fehlt. Insofern ist die politische Situation viel offener. Par-

teien kommen und gehen. Aber das Spektrum verschiebt sich. Dies führt dann dazu, dass sich über die Zeit hinweg rechtskonservative Parteien wie in Ungarn und in Polen immer weiter radikalisieren.

Frage aus dem Publikum: Ein bisher wenig diskutierter Aspekt, der aber mehrfach angeklungen ist, ist die europafeindliche und insbesondere EU-feindliche Haltung und Rhetorik rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, die vom FN bis hin zur AfD quer durch Europa zu finden sind. Kann diese Haltung den Erfolg der Parteien erklären?

Michael Minkenberg: Das Europabild ist extrem skeptisch und greift die Idee de Gaulles eines Europas der Vaterländer auf. Ich glaube, der Schaden für oder die Effekte auf die EU oder den europäischen Integrationsprozess sind nicht auf der europäischen Ebene zu suchen, sondern in den nationalen Arenen. Wenn es diesen Parteien gelingt, ihre Europaskepsis auf andere Parteien zu übertragen, dann sehe ich ein Problem für den europäischen Einigungsprozess und die Weiterentwicklung der EU. Das Problem sehe ich eher auf der nationalstaatlichen Ebene, immerhin haben es diese Parteien jetzt zum allerersten Mal geschafft, mit dem „Europa der Nationen und der Freiheit“ im Europaparlament ein Bündnis zu schaffen, das tatsächlich alle wichtigen westeuropäischen Parteien vereint. Vorher gab es immer nur lockere Zusammenschlüsse, die fast nie die gesamte Legislaturperiode überdauert haben. Dieses Bündnis scheint etwas dauerhafter angelegt. Das heißt, diese Parteien haben bereits untereinander ein Problem, überhaupt ein Europaprogramm zu finden und sich zusammenzuschließen. Insgesamt würde ich das nicht als so bedrohlich einstufen. Ob die Europaskepsis jetzt wahlentscheidend ist in dem Sinne, dass die Parteien davon profitieren? Soweit ich die Wahlforschung verfolgt habe, ist das kein zentrales Motiv der Wählerinnen und Wähler. Europaskepsis spielt mit rein, wenn man das in Umfragen abfragt. Wenn man aber genauer schaut und fragt, was waren die wahlentscheidenden Gründe, dann sind es weniger die europapolitischen, sondern eher die nationalstaatlichen Themen.

Daniel Stockemer: Ich stimme zu. Noch kurz zur Ergänzung: Die europakritischen Meinungen in der Bevölkerung nehmen zu. Wenn man sich zum Beispiel den Euro-Barometer anschaut, war die Zustimmung für Europa vor 20 Jahren bei 80 Prozent und jetzt ist sie gerade noch zwischen 50 und 60 Prozent. Es gibt klare Tendenzen in der Bevölkerung, d. h. immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend europakritischer. Rechtspopulistische oder rechtsradikale Parteien nehmen diese Tendenzen dann gerne auf.

Rolf Frankenger: Vielen Dank. Aus den Beiträgen können wir folgern, dass uns das Phänomen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wahrscheinlich noch eine ganze Weile beschäftigen wird in Europa. Und wahrscheinlich nicht nur in Europa. Wenn wir den Blick weiten in Richtung USA, gegebenenfalls auch in Richtung Asien, sehen wir in einigen Ländern ganz ähnliche Tendenzen. Die Diskussion hat aber auch gezeigt, dass wir in Europa und selbst in Ländern, die sich in der Sprache relativ ähnlich sind, letztlich unterschiedliche Erklärungsmuster für diese Phänomene und für die Stabilität von rechtspopulistischen und rechtsextremen Phänomenen heranziehen müssen.



Prof. Dr. Adrian Vatter ist Professor für Schweizer Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität in Bern. Er arbeitet über schweizerische Politik, politische Institutionen, insbesondere Föderalismus, direkte Demokratie und Konkordanz sowie über subnationale und vergleichende Demokratieforschung.



Prof. Dr. Ursula Birsl ist Professorin für Demokratieforschung am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität in Marburg. Sie arbeitet zu den Themen Rechtsextremismus und Gender, Demokratie und Geschlecht sowie zu Migration und Interkulturalität.



Prof. Daniel Stockemer ist Associate Professor for Political Studies an der Universität Ottawa, Kanada. Er ist derzeit Gastprofessor und Humboldt-Forschungsstipendiat an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Er arbeitet zu politischer Partizipation, Wahlen, sozialen Bewegungen, Rechtsextremismus, Demokratie und Demokratisierung, der politischen Repräsentation von Frauen sowie qualitativen und quantitativen Methoden.



Dr. Rolf Frankenberger ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Seit 2009 ist er Sprecher des Arbeitskreises „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). In den Jahren 2015/16 gehörte er dem Vorstand der DVPW an. Er arbeitet zu Autokratie und Transformation, Vergleich und Analyse politischer Systeme Osteuropas, insbesondere Russlands.



PD Dr. Steffen Kailitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden und Privatdozent an der TU Dresden. Er ist seit 2012 Mitglied im Sprecherrat der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ und Gründungsmitglied des Arbeitskreises „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). Er arbeitet vergleichend über Autokratien und Demokratien und politischen Extremismus.



Prof. Dr. Michael Minkenberg ist Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Er arbeitet zu Rechtsradikalismus in Westeuropa, den USA sowie Mittel- und Osteuropa. Er forscht darüber hinaus über das Verhältnis von Religion und Politik in der modernen Demokratie.